

Nachstehend wird die Satzung der Großen Kreisstadt Sebnitz über die Erteilung von Erlaubnissen für die Sondernutzung und über die Erhebung von Gebühren von Sondernutzungen an Gemeindestraße und Ortsdurchfahrten in der Großen Kreisstadt Sebnitz (Sondernutzungs- und Sondernutzungsgebührensatzung) in der seit 06.02.2010 geltenden Fassung wiedergegeben. Darin sind berücksichtigt:

1. die Satzung über die Erteilung von Erlaubnissen für die Sondernutzung und über die Erhebung von Gebühren für Sondernutzungen an Gemeindestraße und Ortsdurchfahrten in der Großen Kreisstadt Sebnitz (Sondernutzungs- und Sondernutzungsgebührensatzung) vom 10.03.1999, öffentlich bekannt gemacht im Amtsblatt der Großen Kreisstadt Sebnitz „Neues Grenzblatt“ Nr. 16/99 am 23.04.1999;
2. die Satzung zur 1. Änderung der Satzung über die Erteilung von Erlaubnissen für die Sondernutzung und über die Erhebung von Gebühren für Sondernutzungen an Gemeindestraße und Ortsdurchfahrten in der Großen Kreisstadt Sebnitz (Sondernutzungs- und Sondernutzungsgebührensatzung) vom 13. April 1999, vom 28.11.2001, öffentlich bekannt gemacht im Amtsblatt der Großen Kreisstadt Sebnitz „Neues Grenzblatt“ Nr. 51/2001 am 21.12.2001;
3. die zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Erteilung von Erlaubnissen für die Sondernutzung und über die Erhebung von Gebühren für Sondernutzungen an Gemeindestraße und Ortsdurchfahrten in der Großen Kreisstadt Sebnitz (Sondernutzungs- und Sondernutzungsgebührensatzung) vom 16.12.2009, öffentlich bekannt gemacht im Amtsblatt der Großen Kreisstadt Sebnitz „Neues Grenzblatt“ 5/2010 am 05.02.2010.

Satzung
über die Erteilung von Erlaubnissen für die Sondernutzung und über die
Erhebung von Gebühren für Sondernutzungen an Gemeindestraßen und
Ortsdurchfahrten in der Großen Kreisstadt Sebnitz
(Sondernutzungs- und Sondernutzungsgebührensatzung)

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) vom 21. April 1993 (SächsGVBl. S. 301, berichtigt SächsGVBl. S.445), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 10. Dezember 1998 (SächsGVBl. S. 662), den §§ 18 und 21 des Straßengesetzes für den Freistaat Sachsen (SächsStrG) vom 21. Januar 1993 (SächsGVBl. S. 93), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. Juli 1994 (SächsGVBl. S. 1261) hat der Stadtrat der Großen Kreisstadt Sebnitz in seiner Sitzung vom 10. März 1999 folgende Satzung beschlossen:

§ 1
Sachlicher Geltungsbereich

- (1) Diese Satzung gilt für Gemeindestraße einschließlich öffentlicher Wege und Plätze sowie für Ortsdurchfahrten von Staats- und Kreisstraßen im Gebiet der Großen Kreisstadt Sebnitz.
- (2) Zu den öffentlichen Straßen gehören der Straßenkörper, der Luftraum über dem Straßenkörper, das Zubehör und die Nebenanlagen, entsprechend § 2 Abs. 2 SächsStrG.

§ 2

Besondere Benutzung, Erlaubnispflicht

- (1) Die Benutzung der im § 1 bezeichneten Straßen über den Gemeingebrauch hinaus (Sondernutzung) bedarf, soweit in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist, der Erlaubnis der Stadt. Die Benutzung ist erst nach schriftlicher Erteilung und nur im festgelegten Umfang der Erlaubnis zulässig.
Darüber hinaus darf die Sondernutzung erst nach Vorliegen anderer erforderlicher Genehmigungen, Erlaubnisse und/oder Bestimmungen ausgeübt werden.
- (2) Der Erlaubnis bedarf auch die Erweiterung oder Änderung der Sondernutzung.
- (3) Die Einräumung von Rechten zur Benutzung der Straße richtet sich nach bürgerlichem Recht, wenn die Benutzung den Gemeingebrauch nicht beeinträchtigt, wobei eine vorübergehende Beeinträchtigung für die Zwecke der öffentlichen Versorgung außer Betracht bleibt (§ 23 Abs. 1 SächsStrG).

§ 3

Erlaubnispflichtige Sondernutzungen

- (1) Erlaubnispflichtige Sondernutzungen sind insbesondere:
 - 1) das Aufstellen von Stühlen und Tischen auf dem Gehweg vor Gaststätten und anderen öffentlichen Flächen nach § 1 dieser Satzung sowie dekoratives oder abgrenzendes Zubehör von Imbissständen, Zelten und ähnlichen Anlagen zum Zwecke des Verkaufs von Waren und Speisen;
 - 2) in den Straßenraum mehr als nur geringfügig hineinragende ortsfeste Werbeanlagen, einschließlich Warenautomaten und Teile baulicher Anlagen, wie Sonnenschutzdächer (Markisen), Vordächer und Verblendmauern u.a.;
 - 3) das Aufstellen von Baubuden, Bauzäunen, Gerüsten, Schuttrutschen, das Abstellen von Arbeitswagen, Baumaschinen und –geräten, die Lagerung von Baustoffen, Bauschutt oder sonstigen Gegenständen;
 - 3a) das Aufgraben und/oder die Sperrung des Straßenkörpers;
 - 4) die vorübergehende Herstellung von Gehwegüberfahrten oder anderen Grundstückszufahrten mit mehr als 5 m Breite bei Baumaßnahmen (Baustellenzufahrten);
 - 4a) das Aufstellen von Werbeständern, das Anbringen von Werbeträgern, die Werbung mit Lautsprechern;
 - 5) das Verteilen von Werbeschriften von Tischen oder Ständern aus sowie die Werbung durch Personen, die Plakate oder ähnliche Ankündigungsmittel zu Werbezwecken umhertragen, wenn diese Straßenraum durch Tische, Stühle u.ä. beanspruchen;
 - 6) das Abstellen von Fahrzeugen und Anhängern zum Zweck der Vermietung oder des Verkaufs;
 - 7) das Aufstellen von Fahrradständern und die Errichtung von Fahrradabstellanlagen;

- 8) das Aufstellen von Warenauslagen und Warenständern;
 - 9) das Aufstellen von Gefäßen und Containern zur Aufnahme von Hausmüll oder Wertstoffen;
 - 10) die gegenständliche Inanspruchnahme des Luftraumes bis zu einer Höhe von 5 m oberhalb der Fahrbahn und bis zu 4 m oberhalb der übrigen Verkehrsfläche;
 - 11) das Halten und Parken von Fahrzeugen zum Zwecke des Verkaufs von im Fahrzeug mitgeführten Waren (rollende Läden) sowie ambulanten Handel;
 - 12) die Werbung für politische Parteien, Organisationen, Wählervereinigungen soweit sie mit Plakaten, Ständen oder ähnlichen sperrigen Anlagen durchgeführt wird.
- (2) Die Anlage neuer und die Änderung bestehender Zufahrten und Zugänge zu Staats- und Kreisstraßen außerhalb der zur Erschließung bestimmten Teile der Ortsdurchfahrt sowie zu Gemeindeverbindungsstraßen außerhalb der geschlossenen Ortslage gelten gemäß § 22 Abs. 1 SächsStrG als Sondernutzung.

§ 4

Erlaubnisantrag

- (1) Die Sondernutzungserlaubnis wird nur auf Antrag erteilt.
Dieser ist in der Regel schriftlich innerhalb 4 Wochen, mindestens aber 2 Wochen vor der beabsichtigten Ausübung der Sondernutzung mit Angaben von Ort, Art, Umfang und Dauer der Sondernutzung bei der Stadt zu stellen.
Die Stadt kann Erläuterungen durch Zeichnung, textliche Beschreibung oder in sonst geeigneter Weise verlangen.
- (2) Ist mit der Sondernutzung eine Behinderung oder Gefährdung des Verkehrs oder eine Beschädigung der Straße oder der Gefahren einer solchen Beschädigung verbunden, so muss der Antrag Angaben darüber enthalten, in welcher Weise den Erfordernissen der Sicherheit und Ordnung des Verkehrs sowie des Schutzes der Straße Rechnung getragen wird.
- (3) Anträge auf den Erlass verkehrsrechtlicher Anordnungen, auf Erlaubnisse auf übermäßige Straßenbenutzung oder auf Ausnahmegenehmigungen sind zeitgleich bei der Stadt als Straßenverkehrsbehörde zu stellen.

§ 5

Erlaubniserteilung

- (1) Die Erteilung einer Erlaubnis steht im pflichtgemäßen Ermessen der Stadt. Sie wird auf Zeit oder Widerruf erteilt. Die Erlaubnis kann unter Bedingungen und Auflagen erteilt werden.
- (2) Die Erlaubnis- oder Genehmigungspflicht nach anderen Vorschriften wird durch die Sondernutzungserlaubnis nicht berührt.

- (3) Die erteilte Sondernutzungserlaubnis gilt nur für den Erlaubnisnehmer. Erlaubnisnehmer ist derjenige, welchem die Sondernutzungserlaubnis erteilt wurde. Weder eine Überlassung an Dritte, noch die Wahrnehmung durch Dritte, die nicht Erlaubnisnehmer sind, ist gestattet.

§ 6

Erlaubnisversagung

- (1) Die Erlaubnis ist in der Regel zu versagen, wenn durch die Sondernutzung oder die Häufung von Sondernutzungen eine nicht vertretbare Beeinträchtigung der Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs zu erwarten ist, die auch durch Erteilung von Bedingungen und Auflagen nicht ausgeschlossen werden kann.
- (2) Die Erlaubnis kann versagt werden, wenn den Interessen des Gemeingebrauchs, insbesondere der Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs oder des Schutzes des öffentlichen Verkehrsgrundes, oder anderer rechtlich geschützter Interessen, der Vorrang gegenüber der Sondernutzung gebührt.

Dies ist insbesondere der Fall, wenn:

- 1) der mit der Sondernutzung verfolgte Zweck ebenso durch die Inanspruchnahme privater Grundstücke erreicht werden kann;
 - 2) die Sondernutzung an anderer Stelle bei geringerer Beeinträchtigung des Gemeingebrauchs erfolgen kann;
 - 3) die Straße oder ihre Ausstattung durch die Art der Sondernutzung und/oder deren Folgen beschädigt werden kann und der Erlaubnisnehmer nicht hinreichend Gewähr bietet, dass die Beschädigung auf seine Kosten unverzüglich wieder behoben wird;
 - 4) zu befürchten ist, dass durch die Sondernutzung andere Personen gefährdet oder in unzumutbarer Weise belästigt werden können oder eine Beeinträchtigung vorhandener ortsgebundener gewerblicher Nutzung zu befürchten ist;
- (3) Die Sondernutzungserlaubnis kann auch versagt werden, wenn derjenige, welcher eine Erlaubnis nach § 4 beantragt hat, Gebührenschuldner für zurückliegende und beendete Sondernutzungen ist oder den Nachweis über die erfolgte Einzahlung eines Verwaltungskostenvorschusses nicht innerhalb eines Monats nach Antragstellung vorweist.

§ 7

Pflichten des Erlaubnisnehmers

- (1) Der Erlaubnisnehmer hat Anlagen so zu errichten und zu unterhalten, dass sie den Anforderungen der Sicherheit und Ordnung, den anerkannten Regeln der Technik sowie der Verkehrssicherheit genügen. Arbeiten an der Straße bedürfen der Zustimmung der Straßenbaubehörde.
- (2) Der Erlaubnisnehmer hat einen ungehinderten Zugang zu allen in die Straßendecke eingebauten Einrichtungen zu gewährleisten. Wasserablaufriegen, Kanalschächte, Hydranten, Kabel-, Heizungs-, und sonstige Schächte sind freizuhalten.

Soweit Arbeiten an der Straße erforderlich sind, sind diese so vorzunehmen, dass nachhaltige Schäden am Straßenkörper und an den Anlagen, insbesondere an den Wasserablauffrinnen und den Versorgungs- und Kanalleitungen sowie eine Änderung ihrer Lage vermieden wird. Die Stadt ist spätestens 5 Werktage vor Beginn der Arbeiten schriftlich oder telefonisch zu benachrichtigen.

- (3) Erlischt die Erlaubnis, so haben die bisherigen Erlaubnisnehmer die Sondernutzung einzustellen, alle von ihnen erstellten Einrichtungen und die zur Sondernutzung verwendeten Gegenstände unverzüglich zu entfernen und den früheren Zustand ordnungsgemäß wiederherzustellen. Abfälle und Wertstoffe sind ordnungsgemäß zu entsorgen, die beanspruchten Flächen sind gegebenenfalls zu reinigen.

§ 8

Haftung und Sicherheiten

- (1) Die Stadt kann den Erlaubnisnehmer verpflichten, zur Deckung des Haftpflichtrisikos vor der Inanspruchnahme der Erlaubnis den Abschluss einer ausreichenden Haftpflichtversicherung nachzuweisen und diese Versicherung für die Dauer der Sondernutzung aufrechtzuerhalten. Die Stadt kann die Hinterlegung einer angemessenen Sicherheit verlangen. Der Stadt zusätzlich durch die Sondernutzung entstehende Kosten hat der Sondernutzer auch zu ersetzen, wenn sie die hinterlegte Sicherheit übersteigen.
- (2) Der Erlaubnisnehmer haftet dem Träger der Straßenbaulast für Schäden, die durch die Sondernutzungen entstehen. Von Ersatzansprüchen Dritter hat der Erlaubnisnehmer den Träger der Straßenbaulast freizustellen.
- (3) Der Erlaubnisnehmer haftet für die Verkehrssicherheit der angebrachten oder aufgestellten Sondernutzungsanlagen und Gegenstände. Wird durch die Sondernutzung der Straßenkörper beschädigt, so hat der Erlaubnisnehmer die Fläche verkehrssicher zu schließen und der Stadt die vorläufige Instandsetzung und die endgültige Wiederherstellung mit Angabe des Zeitpunktes, wann die Straße dem öffentlichen Verkehr wieder zur Verfügung steht, anzuzeigen.
Über die endgültige Wiederherstellung wird ein Abnahmeprotokoll mit Vertretern der Stadt gefertigt. Soweit die Stadt nicht Träger der Straßenbaulast ist, wird ein Vertreter des Straßenbaulastträgers hinzugezogen. Der Erlaubnisnehmer haftet gegenüber dem Träger der Straßenbaulast hinsichtlich verdeckter Mängel der Wiederherstellung nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik bis zum Ablauf einer Gewährleistungsfrist von fünf Jahren.
- (4) Bei Widerruf der Erlaubnis oder bei Sperrung, Änderung, Umstufung oder Einziehung der Straße besteht kein Ersatzanspruch gegen die Stadt.
- (5) Die Stadt und soweit die Stadt nicht Träger der Straßenbaulast ist, der Träger der Straßenbaulast haften nicht für Schäden an den Sondernutzungsanlagen oder -einrichtungen, es sei denn, ihnen oder ihren Bediensteten fällt Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last.

§ 9

Erlaubnisfreie Sondernutzung

(1) Keiner Sondernutzungserlaubnis bedürfen

- 1) bauaufsichtlich genehmigte Anlagen im Straßenkörper, wie Kellerschächte, Roste, Einwurfvorrichtungen, Treppenstufen, wenn sie nicht mehr als 0,5 m in einen Gehweg oder 0,5 m in eine Fußgängerzone oder in einen verkehrsberuhigten Bereich hineinragen sowie Balkone, Vordächer, Sonnenschutzdächer und Markisen, die mehr als 2,5 m über dem Gehsteig liegen und die nicht seitlich in den Luftraum der Fahrbahn hineinragen.
 - 2) die Ausschmückung von Straßen und Häuserfronten für Feiern, Feste, Umzüge und ähnliche Veranstaltungen zur Pflege des Brauchtums oder für kirchliche Prozessionen;
 - 3) die vorübergehende Lagerung von Brennstoffen, Baumaterialien sowie Umzugsgut auf Gehwegen und Parkstreifen am Tage der An- bzw. Abfuhr, sofern die Verkehrsteilnehmer hierdurch nicht gefährdet werden.
 - 4) das Aufstellen von Hausmüll- und Reststoffbehältern auf Gehwegen und Parkstreifen für den Zeitpunkt der regelmäßigen Entleerung, jedoch nur einen Tag vor und nach der Entleerung;
 - 5) behördlich genehmigte Straßensammlungen sowie der Verkauf von Losen für behördlich genehmigte Lotterien auf Gehwegen, in Fußgängerzonen oder verkehrsberuhigten Bereichen;
 - 6) die Wochen- und Spezialmärkte nach der Marktsatzung der Großen Kreisstadt Sebnitz.
- (2) Sonstige nach öffentlichem Recht erforderliche Erlaubnisse, Genehmigungen oder Bewilligungen bleiben unberührt.
- (3) Erlaubnisfreie Sondernutzungen nach Abs. 1 können eingeschränkt und untersagt werden, wenn die Belange des Straßenbaus oder der Sicherheit oder Ordnung des Verkehrs dies erfordern.

§ 10

Hinweis auf gesetzliche Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer die in § 52 Abs. 1 Nr. 3 bis 9 SächsStrG bezeichneten Tatbestände erfüllt, also insbesondere
- 1) entgegen gesetzlichen Vorschriften eine Straße ohne Erlaubnis über den Gemeingebrauch hinaus benutzt;
 - 2) einer erteilten vollziehbaren Auflage für die Erlaubnis nicht nachkommt;
 - 3) eine Anlage nicht vorschriftsmäßig errichtet, erhält oder ändert;
 - 4) Zufahrten oder Zugänge ohne Erlaubnis anlegt oder ändert.

- (2) Ordnungswidrigkeiten können mit einer Geldbuße bis 500 EUR in bestimmten Fällen sogar bis zu 5.000 EUR geahndet werden.

§ 11

Erhebung von Gebühren und Kostenersatz

- (1) Für erlaubnispflichtige Sondernutzungen im Sinne des § 2 werden Gebühren nach Maßgabe des in der Anlage beigefügten Gebührenverzeichnisses erhoben.
- (2) Gebührenfrei sind Sondernutzungen, die ausschließlich religiösen, gemeinnützigen oder politischen Zwecken dienen und auf aktuelle Ereignisse und Vorhaben hinweisen.
- (3) Sondernutzungsgebühren werden auch dann erhoben, wenn eine erlaubnispflichtige Sondernutzung ohne Erlaubnis ausgeübt wird.
- (4) Der Erlaubnisnehmer hat auf Verlangen der Stadt die im Rahmen der Sondernutzung errichteten oder unterhaltenen Anlagen auf seine Kosten zu ändern und alle Kosten zu ersetzen, die dem Träger der Straßenbaulast durch die Sondernutzung entstehen. Hierfür kann der Träger der Straßenbaulast angemessene Vorschüsse und Sicherheiten verlangen.

§ 12

Gebührensschuldner

- (1) Gebührensschuldner sind
1. der Antragsteller
 2. der Erlaubnisnehmer
 3. derjenige, der die Sondernutzung tatsächlich ausübt oder in dessen Interesse die Sondernutzung ausgeübt wird.
- (2) Bei einer Mehrheit von Gebührenschuldnern haftet jeder als Gesamtschuldner.

§ 13

Gebührenberechnung

- (1) Die Gebühr ist im Einzelfall nach Art und Ausmaß der Einwirkung auf die Straße und den Gemeingebrauch sowie nach den wirtschaftlichen Interessen des Gebührensschuldners an der Sondernutzung zu bemessen. Dies gilt auch, soweit das Gebührenverzeichnis einen Gebührenrahmen vorsieht, innerhalb dessen sich die Gebühr nach den Ermessenskriterien des Gebührenrahmens bestimmt.
- (2) Werden Gebühren in Tages-, Wochen-, Monats- oder Jahressätzen festgelegt, dann werden angefangene zeitliche Nutzungsdauern voll berechnet. Ergeben sich bei der Errechnung von Gebühren nach dem Gebührenverzeichnis Beträge, die geringer als die Mindestgebühr sind, so wird die Mindestgebühr erhoben.
- (3) Für Sondernutzungen, die nicht im Gebührenverzeichnis enthalten sind, richtet sich die Gebühr in sinngemäßer Anwendung nach Absatz 1 Satz 1. Sie richtet sich soweit als möglich nach einer im Gebührenverzeichnis enthaltenen vergleichbaren Sondernutzung.

§ 14 Gebührenerstattung

Wird von einer Erlaubnis kein Gebrauch gemacht, so werden bereits gezahlte Sondernutzungsgebühren auf Antrag erstattet. Endet die Sondernutzung vor Ablauf des Zeitraumes, für den die Sondernutzungsgebühren entrichtet wurden, oder wurde die genehmigte Fläche nicht voll in Anspruch genommen, so kann auf Antrag des Gebührenschuldners der auf die nicht in Anspruch genommene Zeit oder Fläche entfallende Anteil der Gebühren erstattet werden.

Der Erlaubnisnehmer hat die Nichtinanspruchnahme glaubhaft zu machen und gegebenenfalls nachzuweisen. Die Stadt ist berechtigt, eine angemessene Pauschale zur Deckung ihres Verwaltungsaufwandes einzubehalten.

§ 15 Billigkeitsmaßnahmen und sonstige Kosten

(1) Für die Billigkeitsmaßnahmen Stundung, Niederschlagung, Erlass gelten die §§ 222, 227, 234 Abs. 1 und 2, 238 und 261 der Abgabenordnung entsprechend.

(2) Kosten, die der Stadt durch die Sondernutzung zusätzlich entstehen, hat der Gebührenpflichtige nach § 12 dieser Satzung zu tragen.

§ 16 Gebührenschild und Fälligkeit der Gebühren

(1) Die Gebührenpflicht entsteht

- a) mit Erteilung der Sondernutzungserlaubnis;
- b) für Sondernutzungen für einen bestimmten Zeitraum bei Erteilung der Erlaubnis für den gesamten Zeitraum; sind für die Sondernutzung wiederkehrende Jahresgebühren zu entrichten, entsteht die Gebührenschild für das laufende Jahr mit der Erteilung der Erlaubnis; für die folgenden Jahre entsteht die Gebührenschild mit Beginn des jeweiligen Jahres;
- c) für Sondernutzungen, die bei Inkrafttreten dieser Satzung erlaubt waren, mit dem Inkrafttreten der Satzung
- d) bei unerlaubter Sondernutzung mit dem Beginn der Nutzung.

(2) Die Gebührenpflicht besteht bis zur schriftlichen Anzeige der Beendigung der Sondernutzung oder bis zum Zeitpunkt der Kenntnisnahme der Stadt von der Beendigung der Sondernutzung.

(3) Die Gebühren werden durch Gebührenbescheid festgesetzt. Sie werden in den Fällen des § 16 Abs. 1

- a) Buchstabe a, c und d mit Bekanntgabe des Bescheides fällig;
- b) Buchstabe b erstmalig mit Bekanntgabe des Bescheides, ansonsten zu Beginn der Zeitperiode fällig. Bei Sondernutzungen auf Widerruf jeweils zu Beginn des Folgejahres fällig.

Die fälligen Gebühren können bei Nichteinhaltung der Fälligkeitstermine im Verwaltungsverfahren beigetrieben werden.

§ 17
Übergangsregelung

Diese Satzung gilt auch für bereits bestehende Sondernutzungen.
Sondernutzungen, für die die Stadt vor Inkrafttreten dieser Satzung eine Erlaubnis auf Zeit oder Widerruf erteilt hat, bedürfen keiner neuen Erlaubnis nach dieser Satzung.

§ 18
Inkrafttreten

Die Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die „Satzung für Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen im Stadtgebiet Sebnitz (Sondernutzungssatzung)“ vom 10.11.1993 außer Kraft.

Sebnitz, den 13.04.1999

Große Kreisstadt Sebnitz

gez. Ruckh
Oberbürgermeister

Anlage

**Gebührenverzeichnis
für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen der Großen Kreisstadt Sebnitz**

Anlage zur Satzung über die Erteilung von Erlaubnissen für die Sondernutzung und über die Erhebung von Gebühren für Sondernutzungen an Gemeindestraßen und Ortsdurchfahrten in der Großen Kreisstadt Sebnitz (Sondernutzungs- und Sondernutzungsgebührensatzung)

| Lfd. Nr. | Art der Sondernutzung | Bemessungsgrundlage | | Gebühr |
|----------|--|----------------------------------|----------------|---------------|
| | | Maßeinheit | Zeiteinheit | EUR |
| 1 | Anlage und Einrichtungen mit Personal | | | |
| 1.1 | Aufstellen von Tischen und Stühlen sowie dekorativem und abgrenzendem Zubehör | m ² | Monat | 1,60 |
| 1.2 | Aufstellen von Verkaufswagen/ Imbisswagen und –ständen, -zelten, rollenden Läden oder ähnlichem Einrichtungen zum Zwecke des Verkaufs Mindestgebühr | m ² | Tag | 1,50 15,00 |
| 1.3 | Fahrgeschäfte und andere der Volksbelustigung dienende Einrichtungen | m ² | Tag | 0,12 |
| 1.4 | Aufstellen und sonstige Vorführungen, ohne Verkauf | m ² | Tag | 1,00 |
| 2 | Sonstige Anlagen und Einrichtungen | | | |
| 2.1 | Verkaufsautomaten | Stück | Monat | 10,00 |
| 2.2 | Warenständer und Warenauslagen bis 1 m ² mehr als 1 m ² | m ² m ² | Monat Monat | frei 6,00 |
| 2.3 | Fahrradständer | | | frei |
| 2.4 | Sonnenschutzdächer, Markisen, Vordächer, Verblendmauern u.ä. Mindestgebühr | m ² | Jahr | 2,60 25,00 |
| 2.5 | Gerüste bis 4 Wochen länger als 4 Wochen | lfd. m lfd. m | Woche Woche | 1,00 1,60 |

3 Aufstellen und Lagern von Gegenständen

| | | | | |
|-----|--|----------------|-------|-------|
| 3.1 | Baustelleneinrichtung durch Bauzäune oder andere Abgrenzungen, Ablagerung von Aushub, Baustoffen und anderen Arbeitsmaterialien, Abstellen von Arbeitswagen, Baumaschinen und -geräten | m ² | Woche | 1,50 |
| | Mindestgebühr | | | 20,00 |
| 3.2 | Aufstellen von Schutt- und Abfallcontainern | | | |
| | bis 1 Tag | Stück | | frei |
| | 2. und 3. Tag | Stück | | 6,00 |
| | jeder weitere Tag | Stück | | 10,00 |

4 Werbung

| | | | | |
|-----|---|----------------|-------|-------|
| 4.1 | Werbe- und Informationsveranstaltungen (Fahrzeuge oder Infostände, Tribünen u.ä.) | | | |
| | Stand/PKW | Stück | Tag | 10,00 |
| | Bus | Stück | Tag | 25,00 |
| | Tribüne | m ² | Tag | 2,50 |
| 4.2 | Plakate o.ä. Ankündigungsmittel | | | |
| | Plakate, Aufsteller | Stück | Tag | 0,50 |
| | Transparente | lfd. m | Tag | 1,00 |
| 4.3 | Werbeständer, Fahnen, Masten u.ä. | | | |
| | 1. Stück | | | frei |
| | 2. und weitere | Stück | Woche | 1,50 |
| 4.4 | sonstige Ausstellung/Werbung | m ² | Woche | 2,00 |
| 4.5 | festverbundene Werbeträger (Vitrinen, Tafeln, Säulen, Leuchtschriften u.ä.) | Stück | Jahr | 35,00 |

5 andere Nutzungen

| | | | | |
|-----|--|----------------|-------|-------|
| 5.1 | Abstellen von zahlungspflichtigen aber nicht zugelassenen Fahrzeugen | FZ | Woche | 15,00 |
| 5.2 | vorübergehende Herstellung von Gehwegüberfahrten oder Grundstückszufahrten | m ² | Monat | 10,00 |
| 5.3 | Aufgrabung | m ² | Woche | 0,25 |

| | | | |
|----------|--|---------|------------|
| 5.4 | Absperrung einer öffentlichen Straße für sonstige Anlässe | | |
| | halbseitige Sperrung | Tag | 2,50 |
| | Vollsperrung | Tag | 5,00 |
| 5.5 | oberirdische Leitungen aller Art die nur vorübergehend verlegt werden und die nicht der öffentlichen Versorgung dienen | je 10 m | Woche 2,50 |
| 6 | Mindestgebühr | | 15,00 |
| 7 | Die Höhe der Verwaltungskosten bemisst sich nach der Verwaltungskostensatzung für weisungsfreie Angelegenheiten in der jeweils gültigen Fassung. | | |